

Rolf Steininger

„Ich bin ein Berliner!“

**John F. Kennedy am 26. Juni 1963
in West-Berlin und die
deutsch-amerikanischen Beziehungen
seit 1945**

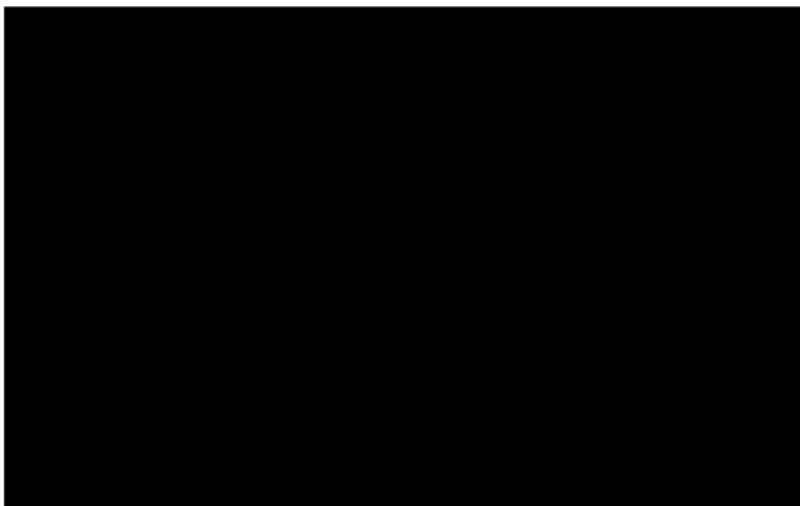
Inhaltsverzeichnis

Teilung und Westintegration	5
Berlinkrise, drei <i>essentials</i> und die Mauer	9
„Ich bin ein Berliner!“	13
Tod in Dallas	17
Lyndon B. Johnson: „Ich kenne meine Deutschen.“	19
Richard M. Nixon und Willy Brandt	23
Jimmy Carter, der Moralist	23
Helmut Schmidt über Ronald Reagan: „Ich mag diesen Mann.“	27
Ronald Reagan: „Mr. Gorbachev, tear down this wall!“	29
Mauerfall und wiedervereintes Deutschland	33
Literatur, Dokumente, Fernsehen	35

Teilung und Westintegration

Am 26. Juni 1963 sprach US-Präsident John F. Kennedy in West-Berlin jenen unvergesslichen Satz auf Deutsch: „Ich bin ein Berliner!“ Mit diesem Satz wurde zum einen die Entschlossenheit der USA demonstriert, die Freiheit West-Berlins zu sichern, zum andern besaß dieser Satz eine hohe Symbolkraft für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Der Grundstein für diese Beziehungen wurde in den ersten Nachkriegsjahren im Kalten Krieg gelegt – mit der Gründung der Bundesrepublik und der damit verbundenen Teilung Deutschlands als Konsequenz.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Berlin-Blockade 1948/49 zu. Wer im Sommer 1948 in Westdeutschland



Bundesarchiv, Bild 183-N0415-363 Otto Donath.

Deutschland, 1949 (amerikanische Besatzungszone), Grenzzort Mödlareuth.

noch Zweifel an der Richtigkeit dieses Kurses hatte, dem wurden sie damals durch die Brutalität der Blockade genommen. Bei der Abwehr dieser sowjetischen Erpressung unter amerikanischer Führung – Stichwort „Luftbrücke“ und „Rosinenbomber“ – fühlten sich Westdeutsche, Westberliner und Westalliierte zum ersten Mal seit 1945 als Verbündete.

Bei Kriegsende hatte das noch ganz anders ausgesehen, wie die berühmte Direktive 1067 der amerikanischen Stabschefs vom April 1945 verdeutlicht. Da hieß es u. a.:

„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“

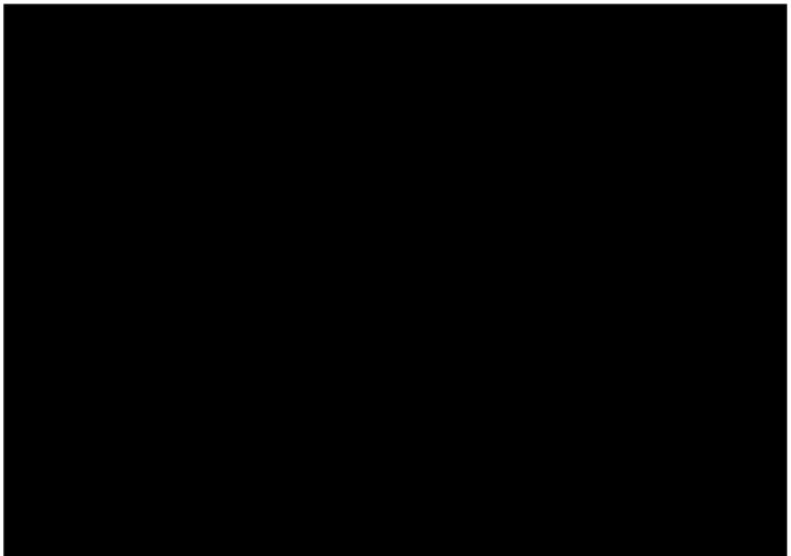
Wer damals deutsch sprach, hatte schlicht und einfach schlechte Karten. Das deutsche Volk war geächtet. General Lucius D. Clay, 1945 bis 1947 stellvertretender Militärgouverneur, dann bis 1949 Militärgouverneur in der amerikanischen Besatzungszone – und 1948 „Vater der Luftbrücke“ –, schrieb am 16. Juni 1945 an den stellvertretenden US-Kriegsminister John J. McCloy: „Der kommende Winter wird schlimm werden für die Deutschen. Sie werden hungern und frieren. Einiges davon muß sein, damit sie am eigenen Leib die Folgen des von ihnen ausgelösten Krieges erfahren.“ Das werde zu menschlicher Verzweiflung führen, die man möglicherweise nicht verhindern könne, aber „es ist mit Sicherheit unsere Pflicht, es zu versuchen“.

Die Amerikaner versuchten es bekanntlich und reichten den (West-)Deutschen schon bald die Hand. Mitentscheidend dafür war der Ausbruch des Kalten Krieges.

Für die USA ging es dabei um die Abwehr der sowjetischen Bedrohung und um die Integration Westdeutschlands in den Westen. Im Sommer 1949 bezeichnete US-Außenminister Dean Acheson das als „wichtigstes Ziel der amerikanischen Politik“. Die Konsequenz dieser Politik drückte ein britischer Diplomat treffend so aus: Man müsse sich dann wohl damit abfinden, den deutschen Partner vor dem Kamin im Wohnzimmer eine dicke Zigarre rauchen zu sehen. Der Partner war zunächst Konrad Adenauer, der mit 73 Jahren der erste Bundeskanzler

der 1949 gegründeten Bundesrepublik geworden war. Adenauer erwies sich schon bald als der richtige Mann für diese Politik. Sein Ziel war die Bindung der Bundesrepublik an den Westen – ökonomisch und militärisch. Auf diesem Weg spielte der Schuman-Plan und die daraus entstehende „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ als erster Schritt zur europäischen Integration eine wichtige Rolle. Der Plan, den der französische Außenminister Robert Schuman 1950 vorlegte, wies den Weg zu einer deutsch-französischen Annäherung. Diese war wiederum Voraussetzung für eine mögliche Integration Europas unter Einschluss der Bundesrepublik. Dies wiederum war ganz im Sinne von Achesons Überzeugung: „Ein Europa ohne Deutschland ist wie ein Körper ohne Herz.“

Im Gespräch mit Adenauer bestätigte John McCloy, inzwischen Hochkommissar in Bonn, 1951 die Bedeutung des



AKG-Images, 1133575

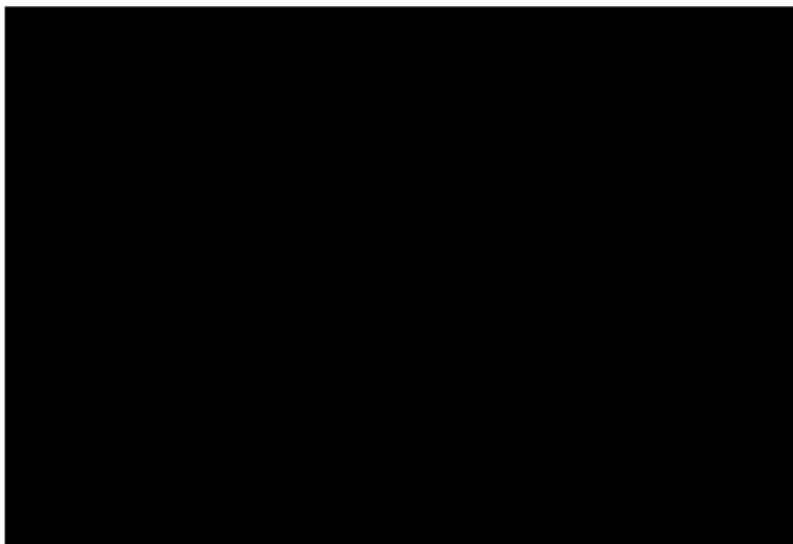
Robert Schuman (rechts), Außenminister Frankreichs. Der nach ihm benannte Schuman-Plan ist der erste Schritt auf dem Weg zur europäischen Integration.

Plans und dass in Washington die Überzeugung im Wachsen sei, „dass man Deutschland wieder trauen könne“. Dies auch dank eines Kanzlers, der wie der „Turm in der Schlacht“ dem Angebot des sowjetischen Diktators Stalin vom März 1952 – die berühmte „Stalin-Note: Deutschland wiedervereint, aber militärisch neutral– widerstand. Die amerikanische Politik lautete von nun an, den Sieg Adenauers bei der Bundestagswahl im September 1953 zu sichern. Dazu gehörte die Einladung Adenauers zu einem Besuch ins Weiße Haus in Washington, wo er im April 1953 US-Präsident Eisenhower versicherte, dass er zum Westen stehe und kein sowjetisches Angebot ihn von diesem Weg abbringen könne.

Die militärische Integration Westdeutschlands im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte zwar im Herbst 1954 an Frankreich, aber mit der „Ersatzlösung“ – Beitritt zur NATO – wurde die Bundesrepublik im Mai 1955 dann auch militärisch fest im westlichen Lager verankert.

Berlinkrise, drei *essentials* und die Mauer

Ende 1958 löste Sowjetdiktator Nikita Chruschtschow die neue Berlinkrise aus: er forderte die „Umwandlung West-Berlins in eine selbständige politische Einheit“ – und das innerhalb der nächsten sechs Monate. Würde bis dahin keine Lösung erreicht sein, würde die Sowjetunion einseitig handeln und alle Kompetenzen der DDR übertragen. Die Westmächte würden ihre Rechte in Berlin verlieren, West-Berlin, das „große Loch inmitten der Republik“ – so SED-Chef Walter Ulbricht – würde gestopft, das „Geschwür am Körper Europas“ – so Chruschtschow später zu Präsident Kennedy – beseitigt werden.



Bundesregierung, B 145 Bild-PO61246

Aufstellung von Mauersegmenten vor dem Brandenburger Tor durch Militär- und Baufahrzeuge der DDR, Sommer 1961.

Dazu kam es nicht. Eisenhower war nicht bereit, in irgendeiner Weise der sowjetischen Erpressung nachzugeben. Chruschtschow setzte daher auf Eisenhowers Nachfolger, der im November 1960 gewählt wurde – und John F. Kennedy hieß.

Was viele nicht wissen: Kennedy hat Deutschland insgesamt fünfmal besucht. Zuerst im Jahre 1937 als 20-jähriger Harvard-Student mit Übernachtung in Jugendherbergen, voller „arroganter, übel riechender Deutschen“, wie er später meinte. 1939 war er zweimal in Deutschland; dann wieder 1945, als er Marineminister James Forrestal auf dessen Informations-tour durch Deutschland begleitete.

Ein knappes Jahr später übernahm er auf Drängen seines ehrgeizigen Vaters die Rolle seines im Krieg gefallenen älteren Bruders Joe und ging in die Politik. Er wurde als Abgeordneter für Massachusetts ins US-Repräsentantenhaus gewählt.

Obwohl Kennedy Deutschland also ganz gut kannte – in jedem Fall besser als jeder andere US-Präsident –, war er kein besonderer Freund der Deutschen. Als Präsident nervten ihn die Deutschen – allen voran Bundeskanzler Adenauer – mit ihrem ständigen Misstrauen mit Blick auf die Bündnistreue der USA.

Kennedy wollte auch nichts von einer Wiedervereinigung wissen. Gleich nach seinem Amtsantritt wurde im Weißen Haus entschieden, den Begriff „deutsche Wiedervereinigung“ nicht länger in Papieren für ihn zu erwähnen; stattdessen hieß es jetzt „Selbstbestimmung“.

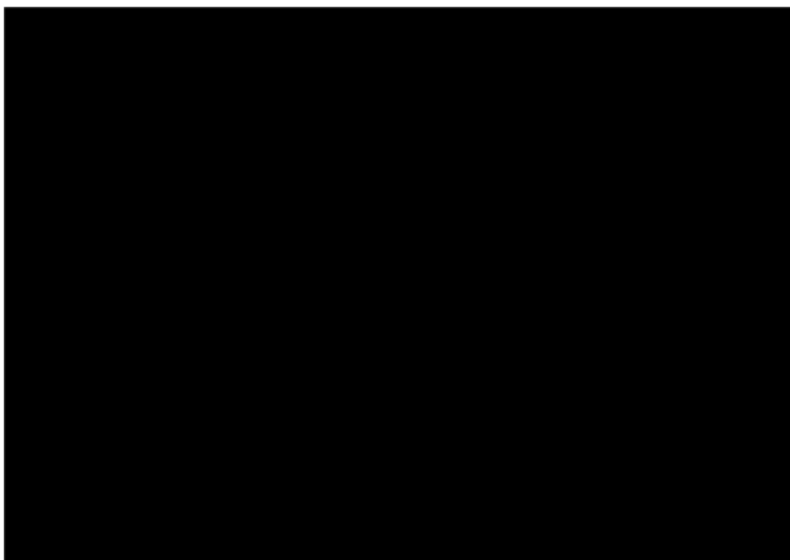
An ein Nachgeben in der Berlinkrise dachte er allerdings genauso wenig wie sein Vorgänger Eisenhower. Das war mit seinem Verständnis der USA als Weltmacht nicht vereinbar. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Thompson, machte das Chruschtschow am 24. Mai 1961 in Moskau unmissverständlich klar: „Wir werden auf Gewalt mit Gewalt reagieren.“

Am 25. Juli kündigte Kennedy dann in einer Rede an die Nation ein gigantisches Rüstungsprogramm an und formulierte jene *essentials*, die von nun an für die Stadt gelten und mit allen Mitteln verteidigt werden sollten: Präsenz und

Zugang der Westmächte (in ganz Berlin), Sicherheit und Freiheit der Bewohner West-Berlins. Ob das eine Einladung zum Bau der Mauer war, ist eine offene Frage. Die wurde jedenfalls am 13. August gebaut – und beeinträchtigte keine Interessen der Westmächte. Sie war in jedem Fall besser als Krieg, wie Kennedy gesagt haben soll. Intern sagte er nachweislich Folgendes:

„Es ist doch einfach idiotisch, dass wir wegen eines Vertrages, der Berlin als zukünftige Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland vorsieht, mit der Gefahr eines Atomkrieges konfrontiert sind, wo wir doch alle wissen, dass Deutschland wahrscheinlich nie mehr wiedervereinigt wird.“

Westdeutsche und West-Berliner Hoffnungen auf eine scharfe amerikanische Reaktion waren unter diesen Umständen jedenfalls wenig realistisch. Bei den Amerikanern wollte



Ullstein bild, picture alliance, Jacoby, 00194941

Amerikanische Panzer an der Sektorengrenze Friedrichstraße/Kochstraße, Oktober 1961.

niemand die Stacheldrahtverhaue niederreißen. Die *Bild*-Zeitung brachte es auf der ersten Seite auf den Punkt: „Der WESTEN tut NICHTS!“ Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Heinrich Krone, schrieb in sein Tagebuch, die „Zone“ und auch Ost-Berlin seien für die Amerikaner „kein Anlass zum Eingreifen“. Sehr besorgt äußerte sich damals der amerikanische Botschafter in Bonn, Walter C. Dowling, in einem Schreiben an das State Department. Er sah die Gefahr, dass es „zu einer radikalen Umorientierung in der deutschen Politik kommen wird“.

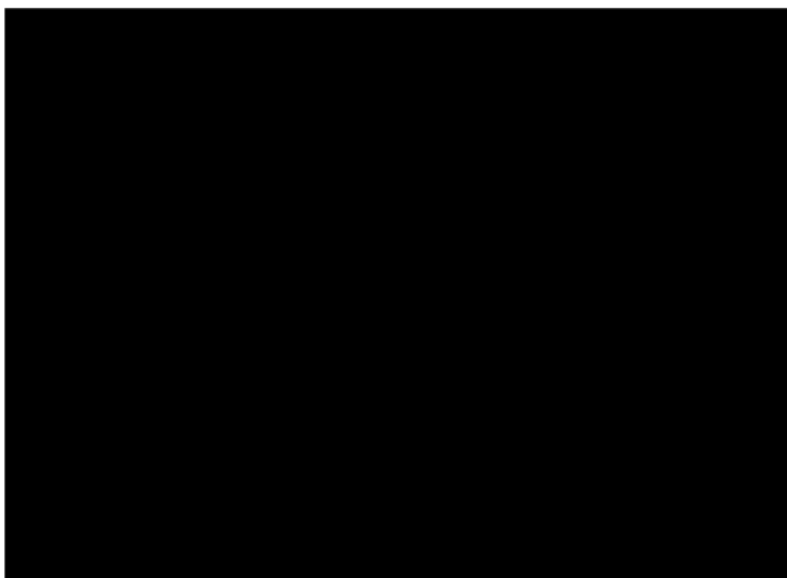
Kennedy tat jetzt zumindest etwas für die Moral der Westberliner: Er entschied, die US-Garnison in Berlin um eine 1500 Mann starke Kampftruppe zu verstärken sowie Vizepräsident Lyndon B. Johnson auf Kurzbesuch und den „Helden“ der Luftbrücke 1948/49, General Lucius D. Clay, als seinen persönlichen Vertreter nach Berlin zu schicken.

Grundsätzlich aber wollten die Amerikaner jetzt mit den Sowjets verhandeln! Und das konnte nur auf Kosten der Westdeutschen gehen. Die, so hatte US-Außenminister Dean Rusk schon vor dem Mauerbau zu seinem britischen Kollegen Lord Home gesagt, „werden viele Dinge schlucken müssen, die sie bis jetzt für unmöglich gehalten haben“. Kennedy war sogar bereit, in einer internationalen Autobahnbehörde Vertreter der DDR mit einzubeziehen und genauso viele Autobahnkilometer in der Bundesrepublik wie in der DDR durch diese Behörde kontrollieren zu lassen – zum Entsetzen Adenauers. Zu Botschafter Hans Kroll meinte der Kanzler: „Trauen Sie den Amerikanern nicht; die bringen es fertig, sich auf unserem Rücken mit den Russen zu verständigen.“

Adenauer wandte sich von Kennedy ab und Frankreichs Staatspräsidenten Charles de Gaulle zu, der nach wie vor Verhandlungen mit den Sowjets ablehnte. Im Januar 1963 wurde der deutsch-französische Vertrag unterzeichnet. Der Bau der Mauer war „das Maximum dessen, was aus West-Berlin herauszuholen war, wie Chruschtschow SED Chef Ulbricht Anfang Februar 1962 zu dessen Enttäuschung klargemacht hatte.

„Ich bin ein Berliner!“

Kennedy hatte für das Frühjahr 1963 einen Besuch in Italien geplant. Adenauer lud ihn ein, dies mit einem Arbeitsbesuch in Bonn zu verbinden. Die Reise fand vom 23. bis 26. Juni statt und wurde für Kennedy mit dem achttündigen Aufenthalt am 26. Juni in West-Berlin zu einem einzigartigen Triumph. Zunächst hielt er dort eine Rede in der Kongresshalle vor dem 6. Kongress der Gewerkschaft „IG Bau Steine Erden“. Anschließend ging es zum Brandenburger Tor und zum Checkpoint Charlie; um 12:50 Uhr traf er am Schöneberger Rathaus ein.



Heritage-Images, Keystone Archives, AKG-IMAGES 4899624

Juni 1963: US-Präsident John F. Kennedy auf Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Hier mit Bundeskanzler Konrad Adenauer in Bonn.



John F. Kennedy Presidential Library, Boston, Massachusetts

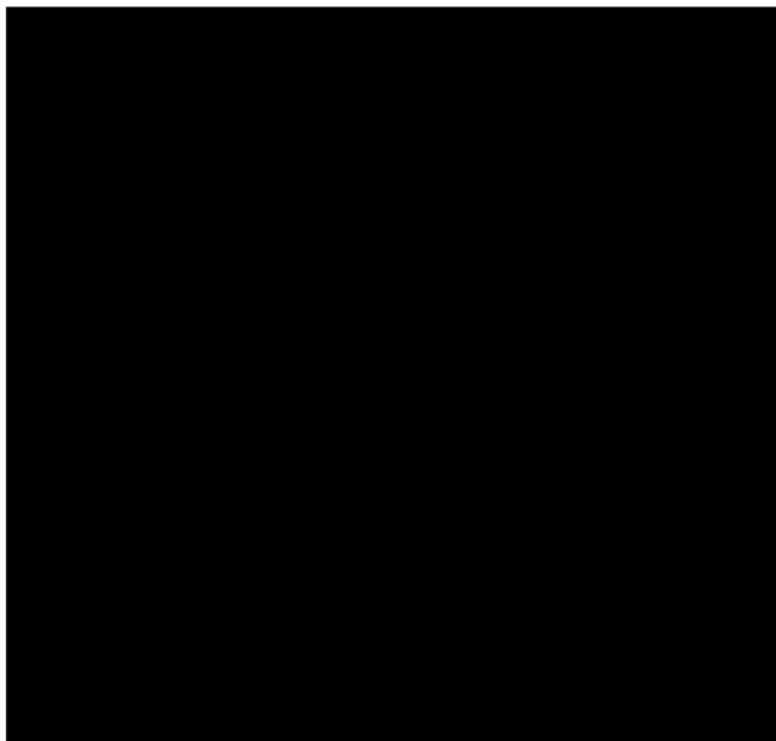
John F. Kennedy (M) bei seiner Rede vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 26. Juni 1963.

Unvergessen sind jene Bilder der etwa 400.000 jubelnden (West-)Berliner vor dem Rathaus. Noch in Washington hatte Robert Kennedy seinen Bruder gedrängt, in Berlin etwas auf Deutsch zu sagen. Dabei hatte er offensichtlich an de Gaulles in deutscher Sprache gehaltene Rede auf dem Bonner Marktplatz im September 1962 gedacht. Auf dem Flug von Wiesbaden nach Berlin übte Kennedy bereits; unmittelbar vor der Rede dann noch einmal mit dem Journalisten und Dolmetscher Robert H. Lochner im Amtszimmer des Regierenden

Bürgermeisters Willy Brandt. Vor dem Schöneberger Rathaus erklärte er (auf Englisch): „Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger Berlins, und deshalb bin ich als freier Mann stolz darauf, sagen zu können“ – und dann kam jener Satz auf Deutsch, der wohl immer mit Kennedy verbunden bleibt: „Ich bin ein Berliner!“

Kennedys Rede war ungewöhnlich emotional. Die Reaktionen der Anwesenden spiegelten diese Emotion, sodass Adenauer zu Außenminister Dean Rusk meinte: „Bedeutet das, dass Deutschland eines Tages wieder einen Hitler haben kann?“ Auch Kennedy war etwas besorgt. Zu seinem militärischen Begleiter, General Godfrey McHugh, meinte er: „Wenn ich denen sagen würde, sie sollen die Mauer niederreißen, dann tun die das.“

Eine Woche später war de Gaulle in Bonn. Ein Thema der Gespräche war der Besuch Kennedys in Deutschland. Der, so Adenauer, habe offensichtlich bei seiner Ankunft eine Einstellung mitgebracht, „die in gewissem Sinne gegen Deutschland, vielleicht auch gegen Europa gerichtet gewesen sei“. Der Empfang durch die Bevölkerung und die Arbeitsgespräche, insbesondere aber das, was Kennedy am Checkpoint Charlie gesehen habe, hätten den Präsidenten außerordentlich beeindruckt. Seine Rede hätte er da sozusagen „eine Oktave höher gehalten, als wohl ursprünglich beabsichtigt gewesen sei“. Dann ging Adenauer auf einen Satz ein, der am bezeichnendsten von allen sei. Kennedy habe ihm nämlich gesagt: Wenn man in Amerika und in Washington sei, werde einem viel vorgelesen und viel vorgelegt, was darauf hinweise, dass alles in Europa und ganz besonders in Deutschland schlecht stehe, wenn man aber nach Deutschland komme, erhalte man einen ganz anderen Eindruck. Die Berliner Eindrücke und insbesondere die Mauer hätten dazu geführt, so Adenauer, dass Kennedy so scharf gegen den Kommunismus gesprochen habe, wie es wohl nicht vorgesehen gewesen sei.



John F. Kennedy Presidential Library, Boston, Massachusetts

John F. Kennedy bei der Besichtigung der Mauer am Brandenburger Tor, das vom SED-Regime mit Stoffbahnen verhängt wurde, um den Blick nach Ost-Berlin zu verhindern.

Tod in Dallas

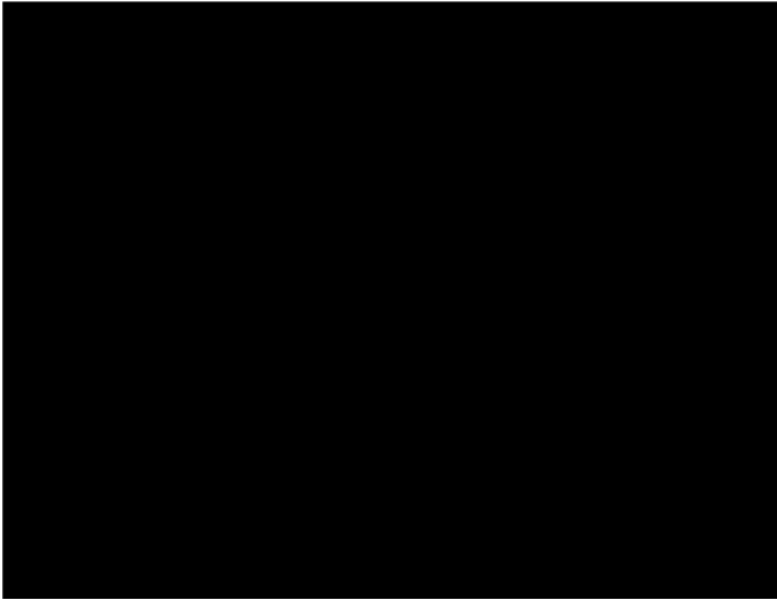
Bei der Verabschiedung in Berlin hatte Kennedy zu Adenauer gesagt, er würde seinem Nachfolger einen versiegelten Briefumschlag hinterlegen, was der tun solle, wenn die Lage besonders schlecht sei. Darin würden nur drei Wörter stehen, nämlich: „*Go to Germany.*“ Zu seinem engen Vertrauten Theodor Sorensen sagte er auf dem Flug nach Irland: „So etwas wie hier werden wir nie mehr erleben, solange wir leben.“

Fünf Monate später besuchte er Texas. In Dallas fuhr Kennedy im selben Auto wie in Berlin – wieder mit offenem Verdeck (*The Beast*, das kugelsichere Auto der späteren Präsidenten, gab es noch nicht.)

Mit ihm im Wagen saßen seine Frau Jacqueline, Gouverneur John Connally, dessen Frau Nellie Connally sowie der Fahrer William Greer und ein Leibwächter, beide vom Secret Service. Kurz bevor der Wagen in die Elm Street einbog, hatte sich die Frau von Gouverneur Connally angesichts der vielen freundlich winkenden Menschen am Straßenrand an den hinter ihr sitzenden Präsidenten gewandt und gemeint: „Mr. President, man kann nicht sagen, dass Dallas Sie nicht liebt.“ Kennedy hatte zugestimmt: „Nein, das kann man ganz sicher nicht sagen.“ Das waren seine letzten Worte.

Um 12:30 Uhr wurde er von zwei Schüssen getroffen – oder vielleicht drei. Sie beendeten ein „unvollendetes Leben“, wie der amerikanische Historiker Dallek sein Buch über Kennedy genannt hat. Eine halbe Stunde später wurde der 35. US-Präsident offiziell für tot erklärt. Amerika fiel in Schockstarre, die Welt war entsetzt.

Unvergessen sind die Bilder, die inzwischen immer wieder im Fernsehen gezeigt werden: der schwer verwundete Präsident, seine Frau Jacqueline über ihn gebeugt, dann die



akg-images / WHA / World History Archive 4048620

US-Präsident John F. Kennedy vor seiner Ermordung im offenen Wagen auf der Fahrt durch Dallas. Neben ihm sitzt seine Frau Jacqueline. Der Gouverneur von Texas, John Connally, und seine Frau sitzen vorne.

Vereidigungszeremonie von Vizepräsident Johnson im Flugzeug, neben ihm Jacqueline Kennedy mit blutbespritztem Kostüm. Und dann später die Beerdigung. Das war ein Medienspektakel erster Ordnung, das genauso ablief wie jene von Präsident Lincoln, der 1865 ermordet worden war. Jacqueline hatte es so gewünscht.

Als Täter wurde Lee Harvey Oswald verhaftet, der zwei Tage später von dem Nachtklubbesitzer Jack Ruby vor laufenden Fernsehkameras erschossen wurde. Eine Untersuchungskommission bestätigte ein Jahr später, dass Oswald der alleinige Täter war. Also keine Verschwörung: keine Mafia, keine CIA, kein Fidel Castro? Viele bezweifeln das bis heute. Ein Großteil der Kommissionsakten war bis 2017 unter Verschluss. US-Präsident Donald Trump hat die meisten von ihnen im letzten Jahr freigegeben. Neue Enthüllungen gab es nicht.

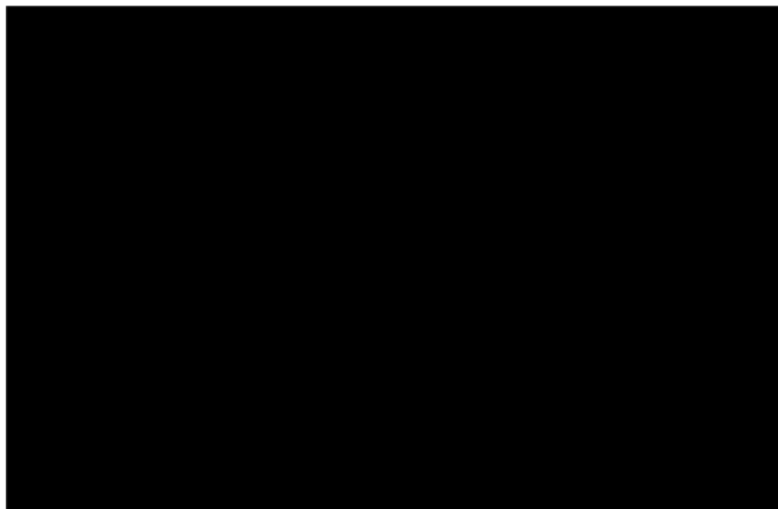
Lyndon B. Johnson: „Ich kenne meine Deutschen.“

Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson war Realpolitiker – und so sah er auch sein Verhältnis zu den Deutschen. Seine Großmutter war die Tochter deutscher Einwanderer, und er pflegte daher zu sagen: „Ich kenne meine Deutschen.“ Mit Blick auf die wechselvolle deutsche Geschichte stellte er klar: „Das alles Entscheidende für mich ist sicherzustellen, dass uns die Deutschen nicht in einen Dritten Weltkrieg hineinzerren.“ Das sei unter anderem der Sinn der westlichen Allianz. Würde diese Politik scheitern, dann, so Johnson, würde es möglicherweise einen neuen Hitler geben. Andererseits war Deutschland die entscheidende Macht in Westeuropa und der Zusammenhalt der NATO entscheidend für die USA als Weltmacht.

Den Kanzlern, mit denen Johnson es in seiner Amtszeit zu tun hatte – Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger –, wurde er nicht müde, immer wieder zu versichern, „Deutsche und Amerikaner sind wie Brüder“, wobei allerdings auch klar war, wer der ältere Bruder war und wer das Sagen hatte – und dass Brüder manchmal miteinander streiten. Dabei ist es fast schon tragisch, dass dies der wohl amerikafreundlichste Kanzler, nämlich Ludwig Erhard, am eigenen Leibe erfahren musste. Die von Johnson unerbittlich eingeforderte Erstattung der den USA durch die Stationierung ihrer Truppen in der Bundesrepublik entstehenden Kosten (Devisenausgleichszahlungen) trugen zum Sturz Erhards bei. Um die Zahlungen zu leisten, musste Erhard Steuern erhöhen, was Ende 1966 das Ende seiner Regierung bedeutete.

Sein Nachfolger, Kurt Georg Kiesinger, war da vorsichtiger. Beim Treffen mit Johnson Anfang 1967 machte er in Anspielung

auf Erhard klar: „Ich kann nicht nach Deutschland zurückkehren und den Eindruck entstehen lassen, der Präsident ist hart gewesen und deshalb habe ich nachgegeben.“

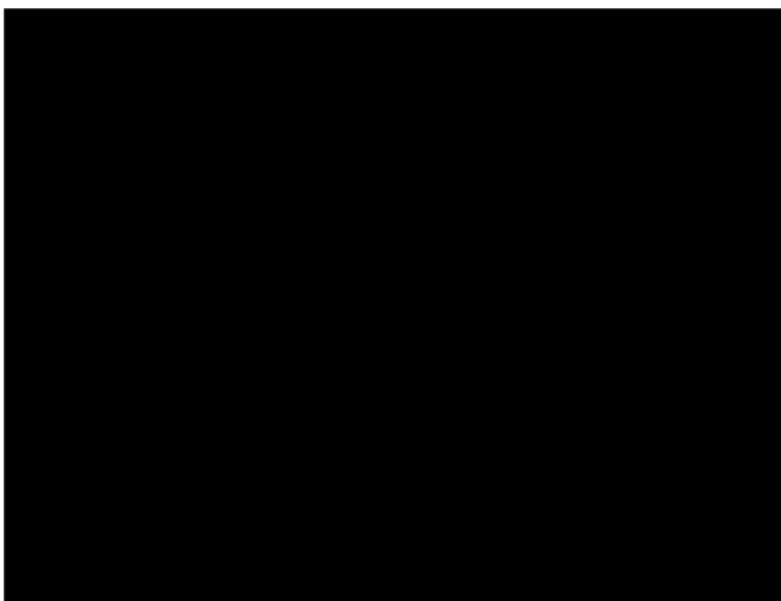


Lyndon B. Johnson Presidential Library, Austin, Texas

15. August 1967: Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger bei US-Präsident Lyndon B. Johnson im Weißen Haus. Johnson: „Es muss sichergestellt werden, dass zwischen den Männern an der Spitze volles Vertrauen herrscht.“

Richard M. Nixon und Willy Brandt

Die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition führte dann zu schweren Verwerfungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis. US-Präsident Richard Nixon und sein Sicherheitsberater Henry Kissinger hatten massive Vorbehalte gegen Willy Brandt. Für Kissinger war das Ergebnis der Bundestagswahl 1969 mit der Bildung der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel „die schlimmste Tragödie“; die Ostpolitik insgesamt ein „Desaster“; beim weiteren Vorgehen dürfe man „die Dummheit der Deutschen nicht unterschätzen“, Brandt sei ein gefährlicher



White House Photo Office Collection, Reagan White House Photographs, Knudsen, Robert L.

Richard Nixon und Willy Brandt in Key Biscayne, Florida, 28. November 1971

Mensch; sein Vertrauter Egon Bahr „absolut unzuverlässig, eine „Schlange“; Außenminister Walter Scheel ein „Trottel“. Nixon meinte nach einem Besuch des Kanzlers im Weißen Haus, Brandt sei „dumm und anmaßend dahergekommen“, „jede nicht-sozialistische Regierung wäre besser“ als die sozialliberale. Seine Anweisung an Kissinger war eindeutig: „Absolut nichts tun, was Brandt hilft.“

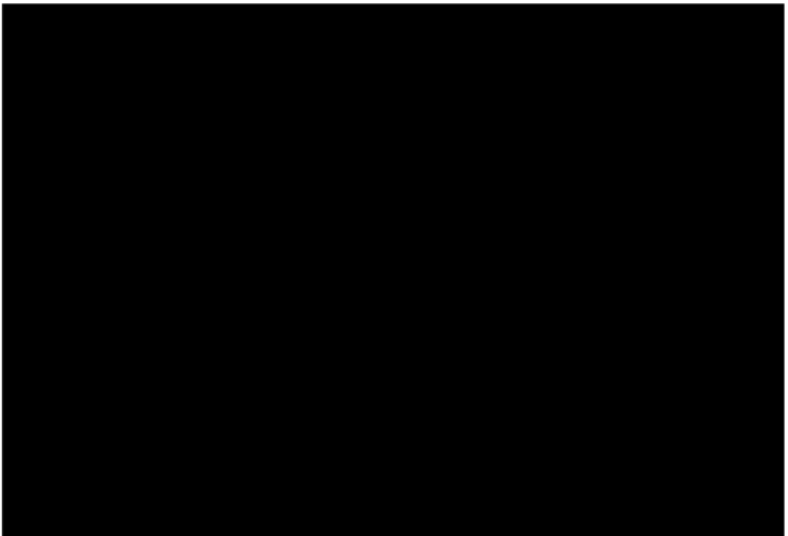
Persönliche Eitelkeit und das Bewusstsein, Vertreter einer Weltmacht zu sein, spielten sowohl bei Nixon wie auch bei Kissinger eine herausragende Rolle. Die von Kissinger in seinen Erinnerungen gegebene Begründung der angeblichen Gefährlichkeit der Ostpolitik lässt sich daher vielleicht auf einen Satz Kissingers zu Staatssekretär Paul Frank Anfang 1970 reduzieren: „Eines will ich Ihnen sagen, wenn schon Entspannungspolitik mit der Sowjetunion gemacht werden soll, dann machen *wir* sie!“ [Hervorhebung i. O.]

Jimmy Carter, der Moralist

Nixon musste wegen des Watergate-Skandals im August 1974 zurücktreten. Sein Nachfolger wurde Gerald Ford, ein Mann, der Helmut Schmidts Freundschaft gewann. Und das hieß viel.

In die Ford-Schmidt-Zeit fällt die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 in Helsinki (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa beriefen sich später auf dieses Dokument.

Im November 1976 verlor Ford die Wahl. Der neue Präsident hieß Jimmy Carter. Und Carter war, wie der deutsche



White House Staff Photographers Collection, Jimmy Carter's Presidential Photographs

14. Juli 1977: US-Präsident Jimmy Carter und Bundeskanzler Helmut Schmidt besuchen amerikanische Soldaten in Wiesbaden.

Botschafter in Washington, Berndt von Staden, formulierte „ein Mann des langen Gedächtnisses“. Schmidt hatte im Präsidentschaftswahlkampf 1976 offen für Ford Stellung bezogen, was man im Wochenmagazin *Newsweek* nachlesen konnte. Das vergaß Carter nicht. Und so stand die Beziehung zwischen den beiden von Anfang unter keinem glücklichen Stern.

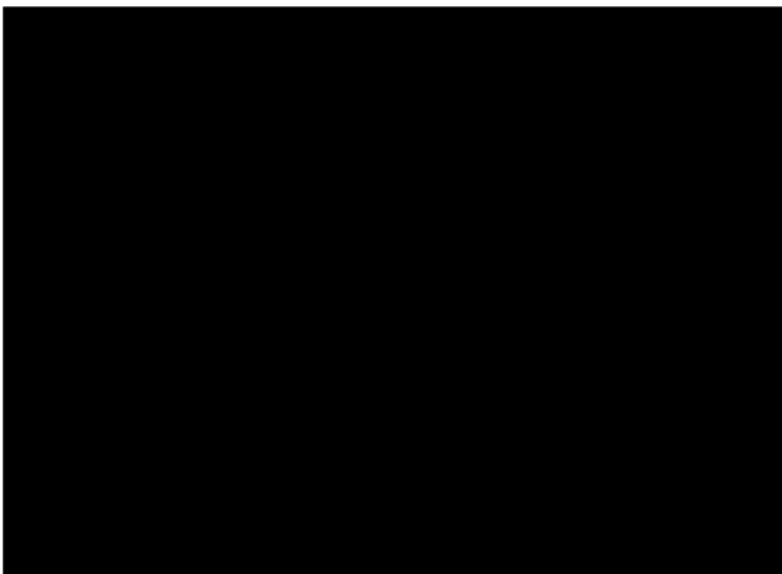
Dabei kam einiges zusammen. Als erstes die Verhinderung eines bundesdeutschen 20 Milliarden D-Mark-Atomgeschäfts mit Brasilien durch Carter. Dann die Neutronenbombe. Als Carter deren Produktion ankündigte, begann in der Bundesrepublik eine heftige Debatte über die Ausrüstung der Bundeswehr mit dieser neuen Waffe. Angestoßen wurde sie durch einen Artikel von Egon Bahr in der SPD-Zeitung *Vorwärts* am 21. Juli 1977, in dem er von der neuen Bombe als einer „Perversion des Denkens“ schrieb. Anfang 1978 entschied der Bundessicherheitsrat, die Waffe in der Bundeswehr einzuführen. Darüber kam es fast zum Bruch in der SPD-Führung. Und dann widerrief Carter seine Entscheidung. Schmidt empfand das nach eigener Aussage wie einen „Dolchstoß“. Am 4. April 1978 meinte er zu Botschafter Stoessel, in der 29-jährigen Geschichte der Bundesrepublik habe es wohl kaum eine Zeit gegeben, „in der so viele Irritationen aufgetreten seien wie in den letzten 15 Monaten“, eben seit Carter Präsident war.

Immerhin überzeugte Schmidt Carter von der Notwendigkeit der westlichen Nachrüstung: Am 12. Dezember 1979 beschloss die NATO die Stationierung von 108 Pershing II-Raketen und 464 bodengestützten Marschflugkörpern (Cruise Missiles), falls die Sowjetunion ihre bereits vorhandenen SS-20 Raketen nicht abbauen würde.

Fast gleichzeitig kam es zur islamischen Revolution im Iran mit der bekannten Geiselnahme von 52 Angehörigen der US-Botschaft; dann im Dezember zur sowjetischen Invasion Afghanistans. „Der Westen“, so die Reaktion von Bonns Botschafter Rolf Pauls in der NATO-Sitzung am 1. Januar 1980, „muss jetzt eine Linie ziehen, die nicht mehr überschritten werden darf.“ Er beschwor die Gefahr, dass das gesamte Öl im Nahen Osten,

„einschließlich des saudischen“, unter sowjetische Kontrolle geraten und die Sowjetunion dann „Europa lahmlegen“ könne.

Schmidt teilte Carter im April 1980 die Bonner Entscheidungen in Bezug auf den Iran und die Sowjetunion mit. Beim Iran Beteiligung an Sanktionen, wobei er allerdings bezweifelte, ob die „wirklich den Geiseln helfen“. Er äußerte gleichzeitig seine „tiefe Sorge“ über mögliche amerikanische Militärationen im Iran. Bei der Sowjetunion keine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau, aber kein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen, denn, so Schmidt, „als Deutscher, der in der Hitlerzeit aufgewachsen ist, fühle ich eine besondere Verpflichtung, keine Verträge zu brechen“. Im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages formulierte er die simple Wahrheit deutscher Politik: „Unsere Sicherheit liegt in der Partnerschaft und Zusammenarbeit mit EG, NATO und USA.“



Bundesregierung, B 145 Bild-00005671 Engelbert Reinecke

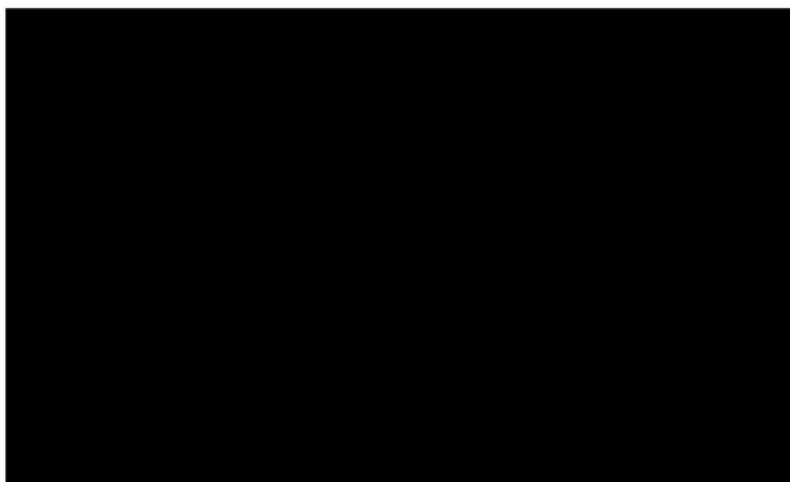
15. Juli 1978: Jimmy Carter am Potsdamer Platz. Von einer Aussichtsplattform schaut er über die Berliner Mauer nach Ost-Berlin.

Für Schmidt lagen die Fehler, Versäumnisse und Wankelmütigkeit der amerikanischen Politik bei Carter und dessen Sicherheitsberater Brzezinski. Beide hätten in „gleicher Weise die Gestaltbarkeit der Welt durch bloße Entscheidungen im Weißen Haus überschätzt“, kombiniert mit der Neigung Brzezinskis, sich als Vertreter der Weltmacht ohne viel Aufhebens über die Interessen der deutschen Verbündeten hinwegsetzen zu können. Schmidt: „Etwas Vergleichbares hat es im Verhältnis zwischen Washington und Bonn seit Johnsons Umgang mit Erhard nicht mehr gegeben.“ Wie tief das bei Schmidt ging, wird in folgendem Satz deutlich: „Später gewann ich den deprimierenden Eindruck, daß [Kremlchef] Leonid Breschnew meine Besorgnisse besser verstehen konnte als Jimmy Carter.“

Nach vier Jahren Carter notierte Verteidigungsminister Hans Apel im Dezember 1980: „Es wird Zeit, dass diese US-Administration verschwindet. Sie handelt chaotisch und dumm.“ Schmidt abschließend: „Carter hatte tatsächlich über keine Gesamtstrategie verfügt.“

Helmut Schmidt über Ronald Reagan: „Ich mag diesen Mann.“

Der neue Präsident hieß Ronald Reagan – und der verfügte über eine Gesamtstrategie: Er wollte den Kalten Krieg gewinnen. Und er hegte große Sympathien für die Deutschen. Als Schmidt ihn zum ersten Mal im Mai 1981 in Washington traf, erwähnte Reagan als erstes die Mauer, die er bei seinem ersten Deutschlandbesuch 1978 gesehen hatte. Die USA, so Reagan, hätten eine große Chance versäumt, als sie gebaut wurde: „Man hätte sie niederreißen müssen.“ Das Sprichwort sage, dass eine Demütigung, die nicht beantwortet werde, zur



White House Photographic Collection, Reagan White House Photographs

11. Juni 1982: US-Präsident Ronald Reagan am Checkpoint Charlie in West-Berlin mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Regierenden Bürgermeister von (West-) Berlin Richard von Weizsäcker.

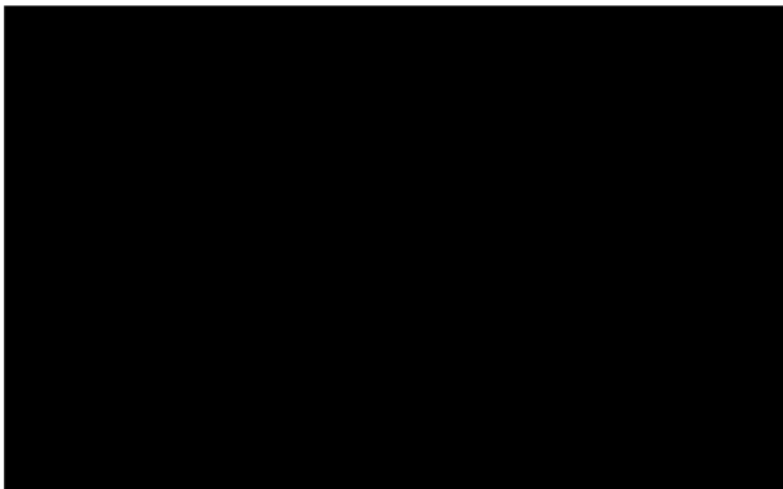
Ursache vieler weiterer werde. Dann betonte er erneut, dass er den Wunsch habe, mit der Sowjetunion über Abrüstung zu sprechen. Schmidt erwiderte, dass ihn diese Erklärung „sehr befriedige“. Er sprach dann eine Einladung an Reagan aus, die Bundesrepublik zu besuchen. Reagan erinnerte an seinen Besuch in Deutschland 1978, der bei ihm nur positive Eindrücke hinterlassen habe, „bis auf das Erlebnis der Mauer. Diesen Schock habe ich nicht vergessen.“

In seinen Erinnerungen schreibt Schmidt: „Reagan und ich verstanden uns persönlich gut.“ Und am Ende des Besuches meinte er: „Ich mag diesen Mann.“ Er war davon überzeugt, „dass wir es nach vier Jahren der Unsicherheit nun wieder mit einem stetigen und deshalb kalkulierbaren amerikanischen Präsidenten zu tun haben“, zumal der dem Kanzler mehr Konsultationen und weniger Überraschungen zugesagt hatte.

Dem war allerdings nicht ganz so, wie Schmidt sich das vorgestellt hatte und schon bald merken sollte. Es begann mit den von Reagan verkündeten Sanktionen gegen die Sowjetunion nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen. Bonn hatte sechs Stunden Zeit, um nachzuziehen. Schmidt war außer sich. Die Reagan-Administration müsse noch lernen, „die Allianz zu verstehen“, sie „benehme sich so, als ob die deutschen Verbündeten ein abhängiger Staat seien“. Von seiner Kritik nahm er Reagan allerdings ausdrücklich aus; der sei „eine verlässliche, auch liebenswürdige Persönlichkeit“, ein Mann, in den man Vertrauen setzen könne und der nicht unkontrolliert und leichtfertig aufrüsten wolle. Aber es gebe andere in den USA. Den amerikanischen Senatoren unterstellte Schmidt Ignoranz. Als er im Juli 1982 zu seiner 52. [!] USA-Reise zu Vorträgen nach Kalifornien aufbrach, gab ihm der amerikanische Botschafter in Bonn, Arthur Burns, daher den eher ungewöhnlichen Rat mit auf den Weg, er solle „vorsichtig“ sein.

Ronald Reagan: „Mr. Gorbachev, tear down this wall!“

Im November 1978 gab es eine Begegnung der besonderen Art in Bonn. 1976 hatte der ehemalige Gouverneur von Kalifornien und Schauspieler in B-Movies, Ronald Reagan, im Kampf um die Nominierung der Republikanischen Partei für die Präsidentschaft gegen Gerald Ford den Kürzeren gezogen. Für 1980 versuchte er es erneut. Zu diesem Zweck machte er (wie üblich bei möglichen Präsidentschaftskandidaten) eine Europareise, um damit außenpolitisches Profil zu gewinnen.



White House Photographic Office Collection

8. Dezember 1987: US-Präsident Ronald Reagan (rechts) und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow unterzeichnen im Weißen Haus den historischen Abrüstungsvertrag INF: sämtliche atomaren Mittelstreckentraketen – *Intermediate Nuclear Forces* – mit einer Reichweite von 500–5000 km sollen abgebaut und vernichtet werden. Der Vertrag hält bis 2019.

Vom 29. November bis 1. Dezember 1978 war Reagan in der Bundesrepublik, am 2. Dezember besuchte er West-Berlin.

Für viele in Bonn war Reagan noch schlimmer als Carter. Eine Mischung aus intellektueller Überheblichkeit und kolossaler Fehleinschätzung führte dazu, dass man Reagan schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen als völlige Fehlbesetzung betrachtete. Verantwortlich dafür war Bonns Botschafter in Washington, Berndt von Staden. Der hatte im September 1978 mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 1980 nach Bonn gemeldet, Carter würde wohl nicht mehr als Kandidat der Demokraten aufgestellt werden, „wenn es den Republikanern gelingen sollte, einen wirklich überzeugenden Kandidaten aufzustellen, und dazu müsste Reagan als frontrunner schleunigst abgelöst werden“. Eine erstaunliche Fehleinschätzung, aber von dem Moment an war Reagan in Regierungskreisen in Bonn bereits erledigt. In Bonn bekam er nur einen Fototermin beim Kanzler. Schmidt war nicht der Meinung, dass Reagan eine Figur sei, für die sich ein allzu großer Zeitaufwand lohne. (Später änderte er bekanntlich seine Meinung.) Ähnlich auch Genscher. Der amerikanische Botschafter suchte beinahe verzweifelt nach Gesprächspartnern – und fand schließlich einen: CDU-Oppositionsführer Helmut Kohl. Und der nahm sich viel Zeit für seinen Gast.

Damals kam es zu einer erstaunlichen Begegnung zwischen diesen beiden Männern: Nachdem man sich lange unterhalten hatte und Reagan gehen wollte, fragte ihn Kohl, ob er schon etwas gegessen habe. Als Reagan verneinte, meinte Kohl, sie sollten doch gemeinsam in seinem Büro essen, er würde etwas ganz Einfaches bestellen. Es wurden Bratkartoffel mit Spiegeleiern. Danach ging man in einer ausgesprochen freundschaftlichen Stimmung auseinander – für beide ein unvergessliches Erlebnis. Hier wurde der Grundstein für eine außergewöhnliche persönliche Beziehung gelegt. Am 20. Januar 1981 wurde der zuvor viel belächelte Ronald Reagan der 40. Präsident der Vereinigten Staaten und am 1. Oktober 1982 Helmut Kohl Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

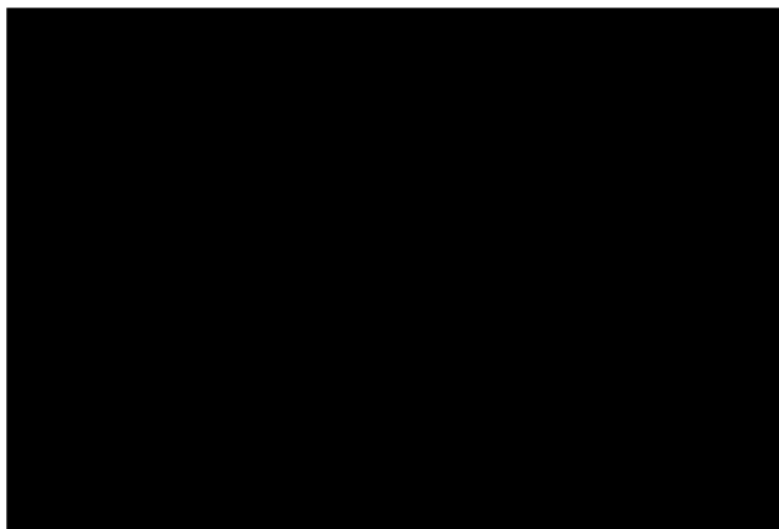
Die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren für Kohl ein, wenn nicht *der* Grundpfeiler seiner Politik. Das hatte er im Gespräch mit Reagan im November 1978 deutlich gemacht, das machte er auch bei seinem Besuch in den USA im Oktober 1981 deutlich, als Reagan bereits Präsident war. Das Gespräch im Weißen Haus dauerte etwa 40 Minuten, in denen Kohl die moralischen Traditionen und Kräfte Amerikas beschwor und feststellte, dass er mit seinen politischen Freunden an der Seite der Vereinigten Staaten stehe. Das sei „Sache des Verstandes, aber noch mehr Sache des Herzens“. Er, Kohl, werde sein Äußerstes tun, „um die öffentliche Meinung für die Freundschaft mit Amerika zu mobilisieren“. Und dies zu einem Zeitpunkt, als es in der Bundesrepublik Massenproteste gegen die geplante Stationierung von Pershing-Raketen gab.

Bei seinem Antrittsbesuch als Kanzler ein Jahr später im November 1982 bekräftigte Kohl seine zuvor geäußerte Haltung. In den deutsch-amerikanischen Beziehungen begann eine krisenfreie Zeit. Reagan war ein Mann mit Handschlagqualität, sein einmal gegebenes Wort galt. Später meinte Helmut Kohl, die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien das „wichtigste Verhältnis“. Ohne die Hilfe der Amerikaner und speziell Reagans, „[...] der eisern zu uns stand ohne Wenn und Aber, und der nicht nur darüber redete, sondern das auch sehr konkret so verstand, wären wir niemals in die spätere historische Entwicklung geraten. Wenn wir in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses die Amerikaner und die Amerikaner uns verraten hätten – so muss man das formulieren –, wären die folgenden Jahre und Jahrzehnte bis hin zur Deutschen Einheit und auch zur europäischen Einigung nicht möglich gewesen. [...] Die Entscheidung für den NATO-Doppelbeschluss stand dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland fest und unverbrüchlich an der Seite ihrer westlichen Freunde mit den Amerikanern an der Spitze stand. Ohne den NATO-Doppelbeschluss wäre die Entwicklung ganz anders gekommen.“

Ronald Reagan war wohl der einzige amerikanische Präsident, der die Teilung Deutschlands und die Mauer als etwas

Unnatürliches empfand. Während sich andere Präsidenten längst mit der Teilung abgefunden hatten, sah Reagan die Dinge vollkommen anders. Er glaubte und hoffte auf die Wiedervereinigung. Das ging ziemlich weit. Er sagte das nämlich auch Leuten, denen das nicht gefiel – etwa den Sowjets. 1984 warnte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko im Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen George Shultz die USA denn auch davor, die Wiedervereinigung als reale Möglichkeit zu betrachten, denn „sie wird nie stattfinden“.

Am 12. Juni 1987 war Reagan wieder in Berlin, wo er die wohl bekannteste Rede seiner Amtszeit hielt – mit den zwei Sätzen: „Mr. Gorbachev, open this gate. [...] Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ („Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!“) Zwei Jahre später war es so weit: am 9. November 1989 fiel die Mauer.



White House Photographic Collection, Reagan White House Photographs

US-Präsident Ronald Reagan bei seiner historischen Rede vor der Berliner Mauer am Brandenburger Tor in Berlin am 12. Juni 1987.

Mauerfall und wiedervereinigtes Deutschland

In den Wochen und Monaten nach dem Mauerfall kam es dann zu einer ganz erstaunlichen Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten George H. W. Bush, der von Anfang an Kohls Wiedervereinigungspolitik eindeutig und entschlossen unterstützte und zum „Glücksfall für Europa und die Deutschen“ wurde, wie Kohl es später formulierte. Ohne die vorbehaltlose Unterstützung der USA hätte es die Wiedervereinigung, so wie sie dann vollzogen wurde, mit ziemlicher Sicherheit nicht gegeben. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Frankreichs Präsident François Mitterrand hätten sie wohl am liebsten verhindert.

Nach Bush kam Bill Clinton. In seinen Erinnerungen schreibt Kohl:

„Trotz der kurzen Zeit unserer Bekanntschaft war eine erstaunlich enge Beziehung zwischen Bill Clinton und mir entstanden. In den bisher zwölf Jahren meiner Kanzlerschaft hatte ich mit keinem amerikanischen Präsidenten ein so vertrautes Verhältnis gepflegt, selbst nicht mit George Bush. Vor allem schätzte ich bei Clinton, wie unverkrampft und vorurteilsfrei er Deutschland sah. Er war der erste US-Präsident, dessen Deutschlandbild nicht durch die Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg geprägt war. Ich schätzte Clintons Pragmatismus und seine positive Grundeinstellung.“

Ein hoher Beamter der US-Administration bestätigte damals: „Unter Clinton sind die Deutschen die unumstrittene Nummer eins unter unseren europäischen Partnern. An zweiter Stelle kommt Frankreich.“

Im Juli 1994 besuchte Clinton im Anschluss an den G7-Weltwirtschaftsgipfel in Neapel Deutschland. Er und seine

Frau Hillary gingen gemeinsam mit den Kohls vom Reichstag durch das Brandenburger Tor entlang jener Linie, auf der die Mauer gestanden hatte. Clinton erinnerte an seine Vorgänger Kennedy und Reagan, die bemerkenswerte Reden auf der westlichen Seite der Mauer gehalten hatten. Jetzt stand er auf der östlichen Seite des Brandenburger Tors und hielt vor etwa 50.000 Deutschen ebenfalls eine Rede. Er beschwor die Deutschen, Europa zu einer größeren Einheit zu führen, und beendete seine Ausführungen nach dem Vorbild Kennedys mit einem Satz auf Deutsch, nämlich: „Amerika steht an Ihrer Seite. Jetzt und für immer! Nichts wird uns aufhalten. Alles ist möglich. Berlin is free!“ Eine größere Kontinuität und Symbolik war kaum möglich.

Literatur, Dokumente, Fernsehen

Literatur

Volker Benkert (Hrsg.), *Feinde, Freunde, Fremde? Deutsche Perspektiven auf die USA*, Baden-Baden 2018.

Andreas W. Daum, *Kennedy in Berlin*, Paderborn 2003.

Georg Schild, *Deutsch-amerikanische Beziehungen. Informationen zur politischen Bildung*, hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003

Heribert Schwan/Rolf Steininger, *Die Bonner Republik 1949–1998*, Berlin 2009.

Rolf Steininger, *Deutschland und die USA. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Reinbek/München 2014.

Rolf Steininger, *Von Kanzlern und Präsidenten. Deutsch-amerikanische Beziehungen von Adenauer und Eisenhower bis Merkel und Trump*, Reinbek 2019.

Dokumente

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949/50–1988. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1992–2019.

Foreign Relations of the United States 1945–1972, Washington, D. C., 1960–2008.

Fernsehen

(abrufbar unter www.rolfsteininger.at)

Heribert Schwan/Rolf Steininger, „*Ihr habt es gewusst!*“ *Die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau nach der Befreiung*, 45 Min., Farbe, WDR 1995.

Heribert Schwan/Rolf Steininger, *Besiegt – Besetzt – Geteilt. Deutschland 1944–1949*, 2 Teile, 60 und 45 Min., Farbe, ARD 1979 und 1989.

Heribert Schwan/Rolf Steininger, *Drei Jahre, die die Welt bewegten. Koreakrieg und deutsche Wiederbewaffnung*, 60 Min., Farbe, ARD 1983 und 2003.

Heribert Schwan/Rolf Steininger, *Die Bonner Republik 1949–1998*, 2 × 45 Min., ARD und Phönix 2009.

Rolf Steininger/Dieter Weiss, *Die Bonner Republik 1949–1998*, 6 × 45 Min., WDR und Phönix 2009.